

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Anekdoten Nachrichten) — (Niederwalder Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Ersteinst: Dienstag,  
Donnerstag, Samstag  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

28. Jahrgang

Dienstag, den 15. Juni 1920.

Nr. 69.

### Das neue Versorgungsgegesetz.

Das neue Reichsversorgungsgegesetz ist am 28. April von der Nationalversammlung verabschiedet worden und tritt am 1. Juli 1920 in Kraft. Es löst die alten Versorgungsgegesetze für die kriegsbeschädigten Mannschaften und die Hinterbliebenen ab, über deren Rückständigkeit kein Wort mehr verloren werden braucht. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, Vorstand deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, hat die neue Gesetzgebung mit Interesse verfolgt und seine Tätigkeit zur Aufklärung der Angelegenheit und zur Förderung der Interessen der Betroffenen gemacht. Er hat in dem neuen Gesetz eine erheblichen Teil seiner Forderungen erfüllt, die er immer wieder erhoben hat. Der militärische Gesichtspunkt ist fortan im allgemeinen Gesichtspunkt der Versorgung der Betroffenen und der wirtschaftlichen Gesichtspunkte getauscht. Der Fortschritt des Gesetzes bedeutet eine erhebliche Verbesserung, gerade auch für viele Reservisten, denen nach den alten Vorschriften keine Pension zufließt, solange sie garnisondienstfähig waren, mochte ihre Arbeitsfähigkeit noch so sehr beeinträchtigt sein. Desgleichen ist der Unterschied zwischen Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern endlich gefallen, auf dessen Unbilligkeit der Zentralverband von Anfang an hingewiesen hat. Das Gesetz vereinfacht soweit als möglich die Verleihung der Versorgungsrechte und der Hinterbliebenen, wodurch eine erhebliche Vereinfachung der gesetzlichen Vorschriften und eine größere Übersichtlichkeit erreicht wird. Ein wesentlicher Fortschritt bedeutet die Gewährung eines Rechtsanspruches auf Heilfürsorge. Damit wird dem Ausdruck gebracht, daß die Wiederherstellung oder Beförderung einer durch den Militärdienst verursachten oder verschuldeten Gesundheitsschädigung die wichtigste Aufgabe der modernen auf dem Fürsorgegedanken beruhenden Versorgung darstellt. Die alten Forderungen des Zentralverbandes: Gewährung von Körpererhaltung und orthopädischen Hilfsmitteln nach dem neuesten Stande der Technik, Heil- und Heil-Anhaltspflege, sind in weitem Maße berücksichtigt worden. Während der Heilanstalt der Beschädigten ist durch Gewährung eines Hausgeldes für das Auskommen seiner Familie gesorgt. Die Nationalversammlung hat nach einer Reihe von Ergänzungsvorschlägen des Zentralverbandes zur Heilfürsorge angenommen. Allerdings war die allgemeine Zustimmung des Reichstages wegen der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Bundesländern noch ungewiss. Doch gelang es der Leitung des Zentralverbandes noch kurz vor der Sitzung des Reichstages, eine Aussprache zwischen den Organen des Reichs und der Bundesländer einzuleiten, die dem Reichsversorgungsgegesetz einvernehmlich zustimmen. In dieser Sitzung haben die Parteivertreter über die wahre Lage der deutschen Kriegsteilnehmer und ihrer schweren Bedenken gegen eine Festlegung des neuen Gesetzes nicht im Zweifel gelassen.

Die geldlichen Bezüge der Kriegsbeschädigten haben sich im allgemeinen gegen früher bedeutend erhöht. Die im vergangenen Jahr gewährten Zuschläge auf die allgemeinen Versorgungsleistungen waren in der Hauptsache auf die unzureichenden Renten der Kriegsbeschädigten und die unzureichenden Renten der Hinterbliebenen zurückzuführen. Seine maßgebenden Grundgedanken, die er überall im Reich, auf dem 8. Februar 1920, verankert hat, hat der Zentralverband zu dem einmaligen 200prozentigen Teuerungszuschlag von dreißig Prozent auf die Renten der Kriegsbeschädigten, vierzig Prozent auf die Renten der Hinterbliebenen, der vom 1. Mai ab gewährt wird, bis zum 1. Juli 1920, die neuen Versorgungsgegesetze. Dieses sucht die bestehenden Teuerung durch einen Zuschlag von 20 Prozent auf sämtliche Bezüge zu begegnen. Die Grundrente beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von zwanzig Prozent 480 Mark und steigt sich bis zu einem Betrage von 2400 Mark Grundrente plus neunhundert Mark Schwerbeschädigtenzulage bei völliger Erwerbsunfähigkeit. Hierzu kommt eine Ausgleichszulage von einem Viertel der Gebühnisse, wenn der Beschädigte einen Beruf ausübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert. Die Zulage wird auf die Hälfte der Gebühnisse erhöht, wenn der Beruf erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert. Zu der Zulage kommen also Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage und Ausgleichszulage zusammen, nicht noch die Familien- und die Erbschaftszulage, welche nach dem sozialpolitischen Programm des Zentralverbandes standen. Die Zulagen stellen erhebliche Beträge dar. Die Teuerungszulage 10 Prozent der Bezüge, die Teuerungszulage für die Teuerungszulage 30 Prozent, die Teuerungszulage für die Teuerungszulage 20 Prozent und die Teuerungszulage für die Teuerungszulage 10 Prozent.

den die innerlich Kranken besser berücksichtigt. Dies hat jedoch nicht dazu führen, auf der anderen Seite die schweren Beeinträchtigungen der körperlichen Unversehrtheit gering einzuschätzen. Hierfür sind die unbedingt erforderlichen Garantien nicht in genügendem Ausmaß gegeben.

### Zur Tagesgeschichte.

#### Unglaublich aber wahr.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin berichtet: Ein Raumburger der dieser Tage nach Berlin kam, berichtete, daß er in der Nähe von Halle ungefähr 17 Kompanien Arbeitertruppen beobachtet habe, die dort egerzierten und Schießübungen abhielten. Als er sich mit seinen Beobachtungen an den General v. Pfeil wandte, der die dortige Reichswehrbrigade führt, wurde ihm erklärt, die Reichswehr habe fristlose Anweisung, gegen diese Übungen erst dann vorzugehen, wenn sie Anweisung von der Zivilbehörde erhalte; im übrigen dürften sie nur vorgehen, wenn sie mit Waffengewalt angegriffen würden. Dieser Sachverhalt wurde dem Reichswehrministerium mitgeteilt, das darauf nur die einzige Antwort zu geben wußte, daß die Erklärung des Generals v. Pfeil durchaus den Anweisungen entspräche, die ihm vom Reichswehrministerium gegeben worden seien. Auch in Leipzig hat sich die rote Gefahr durch die Arbeiterentlassungen infolge der Industriekrise leider verstärkt, und daselbst ist in ganz Thüringen der Fall.

#### Eine internationale Anleihe.

Es verlautet, daß die Beratungen der Alliierten-Kommission, die die internationale Anleihe an Deutschland vorbereiten, beendet sind. Die Anleihe werde in Geld 5 Milliarden Francs betragen und solle bis auf 15 Milliarden Francs erhöht werden können. Weiter sollten Deutschland große Mengen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Der gesamte Kredit soll mit der von Deutschland zu zahlenden Lebensversicherung verrechnet werden. Hauptbedingung für diese Anleihe ist, daß die deutsche Finanz- und Steuerverwaltung unter Aufsicht der Berliner Entente-Kommission gestellt werde.

#### Die Wirtschaftsverhandlungen.

Alle uns aus Berlin berichtet wird, sind die deutsch-französischen Vorbesprechungen über die Aufhebung von Wirtschaftsverhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung gegenwärtig zum Stillstand gekommen. Die Ursachen dafür liegen weniger in der jetzigen Regierungskrise in Deutschland als in der noch bestehenden völligen Unklarheit über die Lösung des Wiedergutmachungsproblems.

#### Russisches Geld.

Die „Morning Post“ meldet indirekt aus Moskau: Die Wahl nur weniger Kommunisten in den deutschen Reichstag hat im Moskauer Sowjet zu Äußerungen geführt. Es wurde die Abberufung des bolschewistischen Vertreters in Berlin, des Herrn Kopy, gefordert, dem zu Propagandazwecken 50 000 000 Rubel bewilligt worden waren.

#### Eine Rede Böndorfs.

Gelegentlich der Trauung der Frau von Brestfeld mit dem österreichischen Bevollmächtigten Hauptmann Dörfel unter Anteilnahme einer Reihe angesehener deutscher Diplomaten in Rom sprach der bekannte Feldmarschall Conrad von Böndorf als Trauzeuge. Er hielt eine bemerkenswerte Ansprache, woraus u. a. hervorging:

Es sei in Deutschland während des ganzen Krieges mehrfach die Bündnistreue Österreichs in Zweifel gezogen worden. Es sei ihm Herzensbedürfnis, aus seinen eigenen Erfahrungen heraus festzustellen, daß gerade Kaiser Franz Joseph stets allen Versuchen jeder Art, den unauflösbaren Zusammenhang zwischen beiden Reichen zu zerreißen, widerstanden habe. Franz Joseph ist dem Bündnis bis zu seinem Tode treu geblieben. Wenn selbst das Schicksal jetzt auch gegen uns war, und uns getrennt hat, so kann das unmöglich für immer sein. Der Geist dieser Bundesgenossenschaft lebt in unseren Vätern, und was mehr als 30 Jahre in Frieden und Krieg seinen festen Bestand hatte, muß wiederkommen. Ein Volk, das so beständig und fleißig war, das so unendlich viel für die Welt gewirkt hat, wie das deutsche, kann nicht untergehen, sondern wird mit Bestimmtheit einst seine Auferstehung feiern, und dann wird auch Österreich wieder an seiner Seite stehen.

Der Feldmarschall, welcher diese Worte in tiefer Bewegung sprach, war der Gegenstand begeisterten Jubels der Reimptner Lützows. Er übernahm das Protokoll des Österreichervereins in Reimpten.

Nach 3600 russische Militärpersonen, die sich gegenwärtig noch in Italien befinden und deren Heimkehr die

Sowjetregierung verlangt hat, werden sich auf italienischen Schiffen nach dem Schwarzen Meer begeben. Gleichzeitig werden auch die ehemals russischen Soldaten, die nach der Ukraine heimzukehren beabsichtigen, über Budapest heimgeführt.

#### Eine Note Millerands.

Laut „Journal“ richtete Ministerpräsident Millerand an Deutschland eine Note, in der er gemäß Artikel 205 des Versailler Friedensvertrags um genaue Auskünfte ersucht, um die Verwendung des Seefriedensmaterials kontrollieren zu können. Das „Journal“ fügt hinzu, daß diese Bestimmungen, wie alle anderen umgangen worden seien.

#### Amerikanische Präsidentenwahl.

Neuer meldet aus Chicago: Harding, Senator von Ohio, wurde vom republikanischen Nominations-Komitee zum Präsidenten kandidaten gewählt. Bei der letzten Abstimmung erhielt Harding 692, Wood 156, Lowden 11 Stimmen.

Harding ist ein Mann von reifem Charakter, jedoch nur mittelmäßigen Fähigkeiten. Bei den Amerikanern über den Völkerverbund hat er einen Mittelweg eingeschlagen. Er könnte die mit dem republikanischen Programm unzufriedenen Arbeiter einigermaßen umstimmen, da er praktischer Buchhalter war und sozial gesinnt ist. — Harding ist schottischer Abstammung, seine Gattin, eine geborene Kling, hatte deutsche Vorfahren. Im ganzen ist Harding als ein starker Kandidat anzusehen.

#### Amerika gegen alliierte Ansprüche.

Die Wiedergutmachungskommission genehmigte das vorläufige Abkommen bezüglich der acht von Deutschland gelieferten und in englischen Häfen liegenden Zerstörer-Schiffe. Danach fällt die Verwaltung von 17 000 Tonnen vorläufig an Frankreich, die von 12 000 an Belgien und von 9000 an Italien. Da aber die deutsche Gesellschaft, der diese Schiffe gehören, nur die Hälfte einer großen amerikanischen Gesellschaft ist, hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten jeder Zustimmung widersetzt, solange die amerikanischen Interessen nicht gewahrt sind. Das Schiedsgericht wird später über die Eigentumsfrage entscheiden.

#### Das Kabinett Giolitti.

Das neue Ministerium Giolitti ist in großen Zügen bereits gebildet. Es umfaßt führende Politiker aller der geistlichen Parteien, insbesondere der Radikalen, aus deren Reihen Fera die Justiz und Alessio den Ackerbau übernimmt. Die Katholiken besetzen mit Modica die Finanzen, mit Rodino oder Micheli die Industrie. Auch drei engere Freunde Giolittis treten in das Kabinett ein: Peano für die öffentlichen Arbeiten, Denicola für den Krieg und Camera für die Post. Der Reformsozialist Bonomi dürfte das Schatzamt übernehmen. Er wird zwar auch als Kandidat für das auswärtige genannt, doch ist es wahrscheinlicher, daß der bisherige Unterstaatssekretär Graf Sforza zum Minister in der Consulta aufrückt.

#### Benifelos.

Der griechische Ministerpräsident Benifelos ist in Paris eingetroffen, um die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei beizutreten. Wie die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ berichtet, hat die Reise des Benifelos aber auch den Zweck, den jungen König Alexander, der sich gegenwärtig in Paris befindet, zu verhindern, mit seinem Vater zusammenzutreffen. Der junge König scheint keinen Gefallen an der königlichen Handlung zu finden und möchte die Regierung wieder seinen Vater überlassen. Benifelos soll entschlossen sein, dem König klar zu machen, daß er in Griechenland die Republik errichten werde, um in diesem Falle die Rückkehr des Königs Konstantin zu verhindern.

#### Gjafaj Pascha ermordet.

In Paris gab ein 25jähriger Albaner namens Aveni Albanen auf Gjafaj Pascha, den ehemaligen Gouverneur Albanien und jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, als dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverschläge ab. Gjafaj Pascha wurde getötet. Der Mörder wurde verhaftet. Er erklärte, er habe die Pascha, die Gjafaj Pascha den Albanern zugefügt habe, rächen wollen.

#### Die albanischen Ereignisse.

Die italienische Regierung trifft nunmehr energische Maßnahmen, um Balona zu retten. Fünf Schlachtschiffe und zahlreiche Torpedoboots sind dorthin abgegangen. Die russischen Schiffe kamen bis an die Stadtgrenze heran, und bedrohten Balona ernstlich. Sie wurden aber durch einen von den Schiffsgeschützen unternommenen Gegenangriff zurückgetrieben und verloren 200 Tote sowie zahlreiche Gefangene. Die Italiener nahmen tausend albanische Robam-

medaner, die hinterwärts auf die Truppen geschossen hatten, fest und brachten sie auf die Insel Saiseno. Antivari und ebenso die beiden vorgeschobenen Garnisonen im Innern des Landes, Tepeleni und Dasciali, wurden geräumt.

## Neue Männer im Reichstag.

Der neue Reichstag wird die Probe auf die oft vertretene Anschauung erlauben, daß viel wichtiger als die Zusammensetzung des Parlaments nach Parteien seine Zusammensetzung nach Persönlichkeitswerten sei. Man wird eine Reihe von Männern im Reichstag sehen, die parlamentarisch wirklich neue Gesichter tragen und dabei starke Persönlichkeiten sind. Die interessanteste Erscheinung davon wird zweifellos Hugo Stinnes sein, der ins Parlament einzieht, ohne daß er sich bisher aktiv oder sichtbar politisch betätigt hätte. Durch seine starke Presse- und Kapitalmacht, die er der Deutschen Volkspartei zur Verfügung stellte, die ihn dafür auf die Reichsliste setzte, ist seine Kraft freilich schon höchst wirksam im Wahlkampf geworden, wie er ja auch schon früher vom Hintergrund aus seine Einflüsse auf Politik und Wirtschaftsführung ausübte, was für einen Mann, der der reichste Mann Deutschlands, größter Anteilhaber von Kohle und Eisen, selbstverständlich ist. Die Fähigkeiten einer solchen Persönlichkeit, ihr großer Ueberblick über die wirtschaftlichen Zustände müssen selbstverständlich ein Plus für jedes Parlament bedeuten, wenn sie zugunsten des ganzen Volkswohls betätigt werden. Wie sehr Herr Stinnes an den Arbeiten des Parlaments teilnehmen wird, muß gewiß abgewartet werden. Man darf gespannt sein wie Herr Stinnes das Problem lösen wird, von seiner durch seine Riesenunternehmungen bereits übermäßig angespannten Zeit noch einen Bruchteil für die parlamentarische Betätigung freizumachen.

Die Industrie wird überhaupt im neuen Reichstag gut vertreten sein. Die Demokraten senden Herrn Karl Friedrich v. Siemens in den Reichstag, den heutigen Leiter der bekannten Westfalia, die an der Entwicklung der Technik so bedeutenden Anteil hat. Aus den Reihen der Volkspartei kommt Dr. Kurt Sorge in den Reichstag, der Präsident des Reichsverbandes der Industriellen. Dr. Sorge stand im Frieden den Magdeburger Kruppwerken vor und wurde im Kriege als technischer Chef in die Spitze des Kriegsamtes für die Durchführung des Einbürgerungsprogramms berufen, ist also zweifellos auch einer der hervorragendsten deutschen Vertreter der Industrieinteressen.

Die Bankwelt wird mit zwei neuen Vertretern in den Reichstag ziehen. Der erste ist Herr Dr. Helfferich, der ja nol große politische Pläne hat und der von den Devisenationalen Hannovers gewählt wurde. Der zweite ist der Direktor der Berliner Discontogesellschaft, Dr. Hermann Fischer. Er stand als Rechtsanwalt Dr. Fischer-Röhl als Nr. 4 auf der Reichsliste der demokratischen Partei. Er übte die Antivallstpraxis aber schon lange nicht mehr aus, sondern ist seit Jahren Direktor der Discontogesellschaft in Berlin, deren Geldmittel wohl seine Auffassung an so günstiger Stelle unterstützt haben. Zum ersten Male werden wir nun auch Diplomaten auf den Abgeordnetenplätzen des Reichstages sehen. Für die Deutsche Volkspartei werden Freiherr von Versner, der in Paris die Annahme der Auslieferungsliste verweigerte, und der Gesandte von Rom nach Mexiko verschiebe, der im Kriege die bekannte Note an Mexiko verfasste, die dann zum Sturze Zimmermanns führte. Ob die Demokraten die Wahl des Grafen Bernstorff durchgesetzt haben, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen.

Erheblich ist das Aufgebot der Presse im neuen Reichstag. Eine große Anzahl der sozialistischen Abgeordneten beider Parteien gehört der Journalistik an. Für die Sozialdemokraten ist davon wohl die Wahl Eduard Bernheims der größte Gewinn, für die Unabhängigen die Wahl Ledebours und Rudolf Breitscheldts. Breitscheldt gilt als der Sachverständige der Unabhängigen für auswärtige Politik. Er gab lange Zeit eine sozialistische Zeitungsfortsetzung für Auslandspolitik heraus und ist jetzt Herausgeber der Wochenschrift „Der Sozialist“. Die Deutschnationalen entsenden den Chefredak-

teur der „Deutschen Zeitung“ Richard Baile in den Reichstag, ein scharfes agitatorisches Temperament, die Volkspartei den Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, Heinrich Kippeler, der lange Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse war. Dagegen scheint es den Sozialdemokraten nicht gelungen zu sein, den Chefredakteur ihres Zentralorgans Friedrich Staupfer vom „Vorwärts“ durchzubringen, der der Intimus Scheidemanns und zweifellos einer der glänzendsten Köpfe der Partei ist.

## Allerlei Nachrichten.

### Die deutschen Petroleumschiffe.

Die Wiedergutmachungskommission hat über die Verteilung der von der Allgemeinen deutschen Petroleumgesellschaft stammenden Tankschiffe mit zusammen 38 000 Bruttotonnen entschieden, die in englischen Häfen lagen und auf die Verteilung unter die Alliierten warteten. Es wurde eine Einigung erzielt, daß das Benutzungsrecht jedem zusteht und die Schiffe sofort in Gebrauch genommen werden können. Die Flotte wird dem künftigen Welttransport dienen.

### Amerikanische Lebensmittel.

Das Handelsministerium der Vereinigten Staaten benachrichtigte laut „Vossischer Zeitung“ die deutsche Regierung, daß ein Kredit von 45 Millionen Dollars mit Fleischexportfirmen vereinbart worden sei und daß die sofortige Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland erfolgen könne.

### Die Ruhrrebell.

Von 541 durch die außerordentlichen Kriegsgerichte verurteilten im Ruhrgebiet verurteilten Personen wurden Gnadengesuche eingereicht. Bislang wurden 141 dieser Gesuche erledigt, und zwar hat der Reichspräsident in 115 Fällen von dem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 26 Fällen das Gesuch abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen Gnadengesuche wird von dem Reichsjustizministerium mit aller Beschleunigung vorbereitet und ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten.

Von den zahlreichen während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten, in Sammel- und anderen Gefangenenlagern untergebrachten Personen wurde inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt. Nur die geistig oder schwerer Vergegnen oder Verbrechen Verdächtigten werden weiter in Haft gehalten.

### Wieder eine Ente!

Nach einem Telegramm des Berliner Korrespondenten der „Times“ sollen Enver Pascha und Talat Pascha in der letzten Zeit in Berlin verhandelt haben. Enver Pascha sei zu diesem Zwecke von Moskau im Flugzeuge eingetroffen und habe nach kurzem Aufenthalt in Berlin wieder verlassen, um nach Moskau zurückzukehren. In Berlin habe er mit Herren von der Weissen Garde Unterredungen gehabt. — Zu dieser Nachricht über geheime Zusammenkünfte der früheren türkischen Führer, die ungefähr jeden Monat einmal auftritt, wird, ist auf die häufigste festzustellen, daß sich weder Enver Pascha noch Talat Pascha in Berlin befinden oder zu der angegebenen Zeit in Berlin befunden haben.

### Verunglückter Streik.

Der Arbeitsstreik in Berlin ist genau nach einem nützigen Dauer beendet worden. Da die Arbeitgeber an ihrer Weigerung festhielten, über den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Grundlohn von 135 und 145 Mark wöchentlich hinauszugehen, hat sich die Zentralstreikleitung entschlossen müssen, die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Inzwischen haben denn auch die Gehilfen be dingungslos und ohne neue Verhandlungen mit der Meistern die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik dürfte nach einer Mitteilung des Bundes der deutschen Hausarbeiter nur den Erfolg haben, daß infolge der stark verminderten Arbeitsleistung nur etwa ein Drittel der ausstehenden Gehilfen wieder für die Dauer eingestellt werden kann.

### Gegenrevolution in Rußland?

In Bladiwostok wurde ein Moskauer Zunftspruch auf

gefangen, wonach in Rußland die Gegenrevolution gebrochen sei. Trotski soll ermordet worden sein, befindet sich auf der Flucht. Eine neue Regierung unter Brjussilow gebildet haben.

Savvas meldet, daß man in offiziellen Kreisen Kenntnis hinsichtlich der gemeldeten Gegenrevolution in Rußland erhalten habe.

## Die Regierungsbildung.

Nachdem auch die Mission des Vorsitzenden der linken Volkspartei, Dr. Heinke, das Kabinett nicht, an dem Widerstand der Reichssozialisten scheitert ist, bleibt nunmehr nur noch ein Kabinett in born im Bereiche der Möglichkeit. Es bleibt abzuwarten, in welcher Richtung sich die Verhandlungen entwickeln, aus dem Wirrwarr einen Ausweg zu finden. Boraussetzt nach wollen die Mehrheitssozialisten in seiner Regierung beteiligen und bei den bestehenden Verhältnissen ist es sehr fraglich, ob sich überhaupt eine Koalition von Bestand finden läßt. Die nächsten müssen eine Klärung bringen.

Berlin, 15. Juni. Der Reichspräsident hat vormittags mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Trimborn eine längere Besprechung, in deren Verlauf Dr. Trimborn die großen Schwierigkeiten der Bildung des neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident suchte Dr. Trimborn mit Rücksicht auf den Ernst der Situation, gleichwohl die Kabinettsbildung zu überlassen. Dr. Trimborn nahm darauf den Auftrag an. Er sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten Herren Müller und Löbe, in Verbindung und wie der „Vorwärts“, berichtet — ob sie einer rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn Zentrum die Führung übernehme. Nach der Vermittlung dieser Frage wandte sich Trimborn einer zweiten Kombination, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei Mandate umfassen würde. Löbe erwiderte, daß sozialdemokratische Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Müller führte darauf aus, eine von solcher Mehrheit getragene Regierung würde nicht mit der nötigen Autorität nach Spa gehen können. Darauf erwiderte Trimborn, es gebe noch eine dritte Möglichkeit: Ein Kabinett Parteien aus Demokraten, Zentrum und Deutschen Partei bestehend; er könne zwar nur 188 Abgeordnete aufweisen, vielleicht aber auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien rechnen. Die Sozialdemokraten wünschte doch auch ein regierungsfähiges Kabinett, dürfte eine solche Regierung nicht schloß ablehnen. könne ja einen Fachminister als Sicherheitsminister Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichspräsident sei vielleicht in Herrn Lehmannbach zu gewinnen. Ders hervorgetretene Vertreter des Großkapitals und Alldeutschtums würden in einem solchen Kabinett enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hätten, mußten ihre Vertreter — wie der „Vorwärts“ weiter richtet — ihre Stellungnahme vertagen. Müller aber im Voraus die Erklärung ab, daß eine solche Koalition von der sozialdemokratischen Fraktion nach ihren Grundsätzen beurteilt werden müsse und daß jeder Versuch, aus dem Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu urteilen, aufs schärfste bekämpft werden müsse. — Der „Vorwärts“ überstreicht seinen Bericht „Keine Aussicht auf Erfolg“ und sagt, auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung ziehen, werde kaum Aussicht auf Erfolg haben.

### Bayern.

Die Regierungsbildung in Bayern ist insofern nicht geklärt, als die Bayerische Volkspartei als Ministerpräsidenten wieder Dr. v. Kahr, den bisher

## Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

82) (Nachdruck verboten.)

„Heute ist bei mir alles glatt gegangen“, versicherte dieser aufgedummt, „selbst der fiderichste unter den Besitzern hier auf der Weisensteiner Seite, der bisher die meiste Arbeit gemacht hat, ist auch endlich ins Garn gegangen, zu den Bedingungen, die wir ihm ursprünglich gesetzt hatten. Hätte er heute seine alte Forderung aufrecht erhalten, hätte ich sie erfüllt. Besser ist es freilich so. Die Firma wird zufrieden sein.“

Er trank hastig sein Glas Wein, der ihm nicht besonders zuzusagen schien, denn er schüttelte den Kopf. „Da gratuliere ich zu dem Erfolge“, versetzte Hohenau erschöpft, indem er es sich bequem machte. „Danke!“

„Vielleicht wären die Bauern in ihren Forderungen noch weiter heruntergegangen, wenn sie gleich Bargeld gesehen hätten. Aber das zählt die Firma wohl direkt aus?“

„Bewahre! Mache ich alles! Kommt aber erst morgen an. Heute ist es mir avisiert worden. Wenn ich morgen mit den Weisensteinern fertig werde, kommen übermorgen schon die Wasmannsdorfer an die Reihe. Da will ich mal die Probe auf das Exempel machen, ob die Leute ihre Ansprüche ermäßigen, wenn sie sofort bares Geld sehen.“

Hohenau ließ sich Bier geben; er hatte recht-schaffensten Durst mitgebracht.

„Na, ja“, meinte er jetzt, „arbeiten Sie nicht gar zu hitzig, Herr Hinrichsen.“

„Weshalb nicht? Je schneller, desto besser.“

„Sie werden doch nicht am Sonntage verhandeln wollen?“

„Richtig! Übermorgen ist Sonntag. Nun, dann am Montag.“

„Montag haben wir Erntefest. Ob Ihre Leute sich an diesem Tage alle zusammentrommeln lassen. Ist doch auch noch eine große Frage.“

„Erntefest? Zum Ausdud! Daran habe ich nicht gedacht. Nein, das versuche ich erst gar nicht. Da

bleibt nichts übrig, als auch Montag noch zu pausieren.

„Zwei Feiertage hintereinander! Fatal!“

„Er zog die Stirn in Falten und überlegte.“

„Am! Dann werde ich am Sonntage meine Ueber-

stiedelung nach Wasmannsdorf ausführen“, meinte er nach längerer Pause.

„Ist es praktisch, wenn Sie dort wohnen?“

„Ja. Ich brauche dann nicht so viel zu laufen.“

Die Entfernung zum Wasserfall ist von da geringer, wie von Weisenheim.“

„Das ist richtig. Ich reise übrigens auch bereits morgen vormittag ab.“

„So schnell wollen Sie Ihre Kur beenden?“ erwiderte Hinrichsen überrascht.

„Nicht beenden, sondern unterbrechen. Ich habe mich vorsichtshalber überhaupt gar nicht auf einen längeren Aufenthalt in Weisenheim vorbereitet, weil ich von vornherein keinen rechten Glauben hatte, daß mir die Vergnügen in solch geringer Höhenlage besonders zusagen würde. Mein Gedächtnis steht a. B. noch bei einer Verwandten in B., da fahre ich zunächst hin. Es gibt ja noch zahlreiche, höher liegende Gebirgsorte genug, die für Herberleidende empfehlenswert sind.“

„Zweifelloos. Haben Sie schon eine Wahl getroffen?“

„Ich bin mit mir noch nicht recht einig, werde mich aber wohl noch mehr nach dem Süden wenden — Schweiz, Tirol!“

Der Wirt brachte das Bier. Hohenau bestellte sich warmes Abendbrot. Hinrichsen schloß sich ihm an. Inzwischen unterhielten sich beide über Kurorte in Süddeutschland und ihre Eigentümlichkeiten, über Charakteristik der einzelnen Städtebilder aus dem Mittelalter und über die praktische Baumeister unserer Altordern. Dann gelangte man zu Kunstschätzen, Altertümern und Seltenheiten.

„Es wäre mir interessant“, begann Hohenau wieder, „wie hoch Sie das Alter dieses Schlangengrines einschätzen nach seiner Form, der Anordnung der kleinen Steine und der Art der Befestigungen auf der Eisen-

„Es ist italienische Arbeit“, gab Hinrichsen nach etniger Zeit zur Antwort. „Das Alter ist unbestimmt. Die Fertigstellung kann im 18. Jahrhundert, viel-

leicht aber auch schon im 17. Jahrhundert erfolgt sein.“

„Wissen Sie etwas Näheres darüber?“

„Ja. Nach guten Ueberlieferungen ist sein Ursprung in der Tat Italien, und die Herstellung wird in der Zeit zwischen 1670 bis 1690 verlegt.“

Durch das Abendessen, das nun aufgetragen wurde, ließen sich beide in dem Faden ihres Gesprächs nicht unterbrechen, da Hohenau noch mehrfache Anregung gab, die das Interesse seines Partners für den besprochenen Gegenstand steigerte.

Allmählich füllte sich das kleine Hinterstübchen mit Artgenossen. Es waren am Herren, die nach und nach erschienen, und die sich gegenseitig alle gut kannten. Bald rückte man die Tische zurecht. Der Wirt befestigte an der Außenseite der Zimmertür ein Schild mit der Aufschrift „Geschlossene Gesellschaft!“ Es dauerte nicht lange, so war das Spiel im Gange.

Auch an dem Tisch, an dem Hohenau und Hinrichsen saßen, flogen bald die Karten. Beide hatten ihren Gesprächsstoff ziemlich erschöpft. Sie begannen auf die Nachbarn aufmerksam zu werden. Als sich inzwischen noch einige Nachzügler eingefunden hatten, die zu neuen Gruppenbildungen Anlaß gaben, beteiligten sich auch Hohenau an dem Spiele.

Hohenau machte nur geringe Einsätze, bewachte auch in seinem Wesen kalte Ruhe, ja, er hörte nach einiger Zeit wieder zu spielen auf. Nicht so Hinrichsen. Dieser blieb auch beim Spiele lebhaft, wie er bei der Unterhaltung gewesen war. Es kam hinzu, daß sich das Glück entschieden auf seine Seite neigte. Mit sich-lischem Vergnügen sah er den Haufen Silbermünzen und setzte deshalb allmählich immer größere Beträge, bis sie wegen ihrer Höhe nicht mehr angenommen wurden.

Es war erst 10 Uhr, als die ganze Gesellschaft sich schon wieder zum Aufbruch rüstete. Die Ausrüstung trat, zu verschiedenen Gruppen vereinigt, den Heimweg an. Hohenau und Hinrichsen waren die letzten, die bergabwärts nach Weisenheim zurückgingen.

(Fortsetzung folgt.)

gen hochtätigen Vornamenpräsidenten vortragen wird. Die drei sozialistischen Gruppen wird dieser Vorschlag unbedingt in die Opposition drängen, da diese unter keinen Umständen Dr. v. Nahr als Ministerpräsidenten zustimmen werden, sobald aller Wahrscheinlichkeit nach in Bayern wieder eine Regierung lediglich aus den bürgerlichen Parteien gebildet werden dürfte.

## Kleine Meldungen.

**Berlin.** Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, zum 30. Juni beschlossen worden. Die Volltätigkeiten finden im Herrenhause statt.

**Berlin.** Das Kreisaußenmittglied in Herzberg, Potten, der zum offenen Ungehörigen gegen den neuen sozialdemokratischen Landrat des pommerischen Kreises ernannt, und zu einem Streik der Beamten aufgefordert ist, ist von der Regierung seines Amtes enthoben worden.

**Gießen.** Nach dem letzten erschienenen Jahresbericht des Scherzvereins Christlicher Bergarbeiter hat dieser im Jahre 1919 seine Mitgliederzahl auf 152 216 gesteigert. Die Einnahmen betrugen 8 549 382, die Ausgaben 1096 427 Mark, sodass sich ein Bestand von 5 452 955 Mark ergibt. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt auf 6 592 010 Mark.

**Paris.** Nach einer Havasmeldung aus Chicago wurde zum Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft der Gouverneur des Staates Massachusetts, Co. lidge, gewählt.

**Paris.** Nach einer Meldung des „Matin“ aus London berichtet der „Observer“, die Polen hätten am Freitag in die Wälder gerückt. Die bolschewistische Kavallerie habe einige Kilometer hinter sich ihre Verbindung abgebrochen.

**Paris.** Aus Chicago wird dem „Journal“ des „Welt“ gemeldet, dass die republikanische Partei sich mit allen gegen eine Stimme dafür einsetzt als Grundzüge für den Wahlkampf um die Präsidentschaft einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

**Paris.** Laut „Welt Journal“ wird in Kürze eine Zusammenkunft zwischen Willard und Lloyd George in Brüssel erfolgen. In wohlunterrichteten Kreisen glaubt man, dass diese Zusammenkunft auf französischem Boden wenige Tage vor der Konferenz in Spa stattfinden werde.

**Genf.** Die Pariser Botschafterin, hat auf Wunsch der deutschen Reichsregierung den Termin über die Verantwortung des deutsch-dänischen Abgrenzungsvertrages hinausgeschoben bis zur Erledigung der in Berlin laufenden Ministerien.

**Antwerpen.** In gewaltigen Kundgebungen, an denen sich 30 000 Personen beteiligten, wurde gegen die Forderung der Deutschen protestiert. In einer Erklärung an den König werden die Befürchtungen der Manifestanten niedergelegt und die Behörden gebeten, Maßnahmen zur Verhinderung einer neuen deutschen Invasion zu ergreifen.

**London.** Infolge des Typographenstreiks sind in dieser Zeit keine Zeitungen erschienen. Die Bewegung hat sich auf Liverpool übertrug.

**Rom.** Laut „Tempo“ wird aus Salona gemeldet, dass die italienischen Truppen im Begriff sind, die rumänischen Gebiete zu räumen. Sie haben schon Srebarna und Duligno verlassen. Weiter das Schicksal der Division von Srebarna ist nicht bekannt.

**Kairo.** Auf den Ministerpräsidenten Reffim Pascha wurde ein Attentat verübt. Reffim Pascha wurde verletzt, dagegen drei andere Personen.

## Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 15. Juni 1920.

**Grundstückversteigerung.** Zu der gestern im Gerichtssaal des Rathhauses stattgefundenen Grundstücksversteigerung hatten sich zahlreiche Kauflustige eingefunden. Die Versteigerung verlief sehr lebhaft, was insbesondere auch die erzielten Verkaufspreise ergeben. Die Lotwerte wurden um das Doppelte überschritten. Das Haus entstand einer der Erben, Karl Schroder, für 142 000 Mk.

**Turnerisches.** Die am Sonntag in Hochheim stattgefundenen Faustballspiele brachten den Schiersteinern einen vollen Erfolg. Das gute Zusammenwirken der Schiersteiner Faustballmannschaft zeigte sich besonders im Spiel gegen die gleichnamige Mannschaft des Turnvereins Hochheim, die sich eine Niederlage von 73:70 Punkten lassen mußte. Ferner gewann die Turngemeinde Schierstein mit 60:47 Punkten und gegen den Turnverein Hochheim mit 70:59 Punkten. Es waren dies nur die ersten Spiele, und wird das Endspiel um die Sommermeisterschaft am Freitag, abends 7½ Uhr, im Sportplatz der Turngemeinde Schierstein gegen die Fußballmannschaft der Turngemeinde gegen die Fußballmannschaft der Turngemeinde Schierstein im Sportplatz der Turngemeinde Schierstein.

**Stenographenverein „Gabelberger“.** Am vergangenen Sonntag feierte der Stenographenverein „Gabelberger“ im Saalbau „Drei Kronen“ das Fest der Gründung, an dem sich auch die Stenographenvereine Wiesbaden, Diebrich, Niederwalluf und Oestrich beteiligten. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden gelangten die einzelnen Nummern des Vereins, unterbrochen von Tänzen und ergänzt durch musikalische Vorträge und fanden den ungeteilten Beifall der Gäste. Hervorzuheben wäre das von der Turngemeinde Schierstein in feinsinniger Weise begleitete „Gabelberger“ Duett „Unter einem Schirm“, bei dem die Herren, Wiesbaden, gefolgt, wie auch durch die „Gabelberger“, in dem die Damen M. und Joh.

**Ehrentag, die Herren A. Schmidt, Seumel und A. Thiele** durch ihr natürliches Spiel einen durchschlagenden Erfolg erringen. Zu später Stunde brachte das Ehrenmitglied des Vereins, Herr Ludwig Ehrentag, unter großem Beifall seine Dichtung „Das Grunnebörche“ zu Gehör. Am Ende beteiligte sich Alt und Jung recht ausgiebig und erst um 12 Uhr trennten sich die „Gabelberger“, ein Beweis dafür, daß sie sich recht wohl fühlten. Die Leitung der Veranstaltung lag bei dem Vergnügungsausschuß in guten Händen.

**Ausflug.** Der hiesige Rath. Kirchenchor unternahm am Sonntag einen Ausflug nach Diebrich, der, von herrlichem Wetter begünstigt, den schönsten Verlauf nahm. An der im St. Josephshaus zu Diebrich veranstalteten Familienfeier nahmen die beiden dortigen Brudervereine freundlichen Anteil und trugen durch ihre Mitwirkung viel zur Verschönerung der kleinen Feier bei. Es war ein Ehrentag für den hiesigen Rath. Kirchenchor, der nicht nur durch seine prächtigen Vorträge ungeteilte Anerkennung seitens der teilnehmenden Diebricher Vereine fand, sondern durch seine Gesamtleistung allgemeine Ueberraschungen hervorrief. Die Feier kam gerade zur rechten Zeit; sie wird zur Anerkennung des eben erst wieder zur Blüte gelangten Vereins nicht wenig beitragen.

**Die nächste Mutterberatungsstunde** findet Donnerstag nachmittag von 4 Uhr an im evgl. Schwesternhaus statt.

**Das Reichsnotopfer.** Für die Veranlagung zum Reichsnotopfer sehen Ausführungsbestimmungen eine öffentliche Aufforderung des Finanzamtes zur Abgabe der Steuererklärung verpflichten sich die Angehörigen des Deutschen Reiches nur wenn für am 31. Dezember 1919 allein oder mit ihrer Ehefrau ein Vermögen von 5000 Mark und mehr haben oder eine Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung erhalten. Dies gilt unter bestimmten Beschränkungen auch für Ausländer und Staatenlose. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens zur Erklärung verpflichtet sind juristische Personen nichtrechtsfähige Vereine, inländische Vermögensmassen, die nicht dem Vermögen anderer Abgabepflichtiger anzurechnen sind, besonders Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit, die Eigentümer von inländischen Grund- und Betriebsvermögen oder die Personen, denen nach Artikel 2791 des Friedensvertrages eine Entschädigung gewährt werden oder zu gewährt ist. Die Erklärung ist vom 28. Juni bis 28. August an den vorgeschriebenen Vorständen einzureichen.

**Die Linde blüht.** Just in den Tagen, da die Sonne ihrem höchsten Stande zutrifft, beginnen die Blütenknospen der Linde sich zu öffnen. Man wird auch heute nicht verkennen, die Lindenblüten zu pflücken, denn sie liefern, getrocknet, einen Tee, der in gesunden und kranken Tagen sehr geschätzt wird. Es ist auffallend, daß dieser schöne Baum auf dem Lande immer mehr verschwindet. Um so erfreulicher ist es, daß in der Provinz die Linde in den Städten reichlich Aufnahme und Pflege findet. Und das mit Recht. Denn die Linde ist der Baum, der in der Geschichte des deutschen Volkslebens immer wiederkehrt. In seinem Schatten berieten unsere Vorfahren die Pläne zu ihren Heldentaten, dort schliefen sie den kranken Stahl, dort saßen sie nach heftigsten Kämpfen nieder. War der Feind überwunden, so pflanzte man als Zeichen der Freiheit und des Sieges eine Linde.

**Vorsicht beim Kirchengehen.** In der Kirchzeit sind die Kinder darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich das Schlucken der Steine und der Genuss von Wasser nach dem Essen von Kirchen ist. Alljährlich fordert die Unachtsamkeit einige Opfer. Durch das Schlucken der Steine wird zum mindesten die Verdauung erschwert; es führt aber auch vielfach zu Komplikationen im Darm. Immer von bösen Folgen begleitet ist aber der Genuss von Wasser unmittelbar vor oder nach dem Kirchgehen. Es ist ratsam, Kindern zu Kirchen ein Stündchen vorzuziehen. Beides zusammen ist schmackhafter, verdaulicher, heilvoller und läßt weniger Durstgefühl aufkommen, als wenn man die Kirchen allein genießt.

**Die Verbesserung der Invalidenversicherung.** Die Geldentwertung und die daraus sich ergebende Nothlage der Invaliden hat es nötig gemacht auch die reichsrechtliche Invalidenversicherung den veränderten Verhältnissen anzupassen. In „Reichsanzeiger“ ist nunmehr ein Gesetz über Änderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung veröffentlicht worden, durch das auch die bisher gewährten Zulagen zu den Invalidenrenten in Wegfall kommen. Vom 1. Juli 1920 erhalten dafür alle Empfänger einer Invalidenrente oder Altersrente eine monatliche Zulage von 30 Mark, alle Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente eine solche von 20 Mark, und alle Empfänger einer Krankenrente eine solche von 10 Mark. Diese Rentenzulagen sollen ausbezahlt werden durch einen vom 1. August d. J. an zu erhebenden höheren Beitrag. Von diesem Zeitpunkt an sind als Wochenbeiträge zu zahlen: in Lohnklasse 1 90 Pfg., in Lohnklasse 2 1 Mark, in Lohnklasse 3 1,10 Mark, in Lohnklasse 4 1,20 Mark und in Lohnklasse 5 1,50 Mark wöchentlich. Demgemäß müssen vom 1. August an neue Invalidenrenten mit den erhöhten Beträgen veranlagt werden.

## Erhöhte Fernspreckgebühren.

Vom 1. Juli ab.

Ein Fernspreckanschluß, der von seinem Amt mehr als 5 Kilometer entfernt liegt, kostet vom 1. Juli bei Pauschalgebührenzahlung jährlich in Rehen bis zu 50 Teilnehmern 320 Mark, bis zu 100 400 Mark, bis zu 200 480 Mark, bis zu 300 560 Mark, bis zu 400 600 Mark, bis zu 500 640 Mark bis zu 10 000 680 Mark, bis zu 20 000 720 Mark, bis zu 30 000 760 Mark, bis zu 40 000 800 Mark; (für je 50 000 weitere Teilnehmer erhöht sich die Gebühr um 40 Mark); bei Grundgebührenzahlung in Rehen bis zu 1000 Teilnehmern 240 Mark, bis zu 5000 300 Mark, bis zu 10 000 440 Mark und bis zu 100 000 Teilnehmern 480 Mark; (für je 50 000 weitere Teilnehmer treten ebenfalls 40 Mark hinzu.) Für ein Ortsgespräch werden 20 Pfennig erhoben.

An Ferngebühren werden für eine Verbindung von drei Minuten Dauer zwischen verschiedenen Netzen ab-

erufen mit öffentlichen Spreckstellen erhoben bis zu 25 Kilometer 50 Pfennig, bis zu 50 Kilometer 1 Mark, bis zu 100 Kilometer 2 Mark, bis zu 500 Kilometer 4 Mark, bis zu 1000 Kilometer 8 Mark, bei mehr als 1000 Kilometern 8 Mark.

Dringende Gespräche kosten das Dreifache. Für dringende Pressespreck soll unter besonderen Bestimmungen nur die einfache Gebühr erhoben werden, wenn eine Beinträchtigung des übrigen Verkehrs vermieden wird.

Die Zahlung des Ausbaubeitrages von 1000 Mark für einen Haupt- und 200 Mark für einen Nebenschluß ist auch in Teilzahlung zugelassen bei einer Verzinsung mit 4 Prozent. Bei Aufhebung des Anschlusses wird der volle Beitrag zurückgezahlt. Bis zum 15. Juni wird eine verlängerte Kündigungsfrist für den 30. Juni 1920 gehöheren Gebührenart (Pauschalzahlung) zur niederen gegenüber den 4,5 Millionen für die Unabhängigen. Das deutsche Volk werde jetzt die Regierung bekommen die die Unabhängigen gewollt hätten. Die Wähler der Unabhängigen aber würden über den Erfolg ihrer Stimmgabe vor Erfahren auf den Rücken fallen.

Die Nebenschlüsse des Hauptstelleninhabers, die nicht auf dem Grundstücke der Hauptstelle liegen, sind künftig nicht teurer als die darauf gelegenen; für alle Nebenschlüsse wird dagegen die ganze Verbindung berechnet; die ersten 100 Meter sind nicht mehr frei. Die zuschlagspflichtige Leitungslänge wird künftig nach der Luftlinie gemessen.

Die Vorkontingentsgebühr wird auf 1000 Mark erhöht. Gespräche im Orts- und Nachbarkreisverkehr von öffentlichen Spreckstellen aus kosten wie bisher 20 Pfennig, weil es an Fernspreckmitteln fehlt, ein Mangel, der sich schon bei diesem Satze störend bemerkbar macht.

## Vermischtes.

**Die „phonographische“ Uhr.** Die uns aus dem Ausland kommende, ist der Schweizer Uhrenindustrie, die sich von altersher eines ausgezeichneten Rufes erfreut, nun eine neue Erfindung geglikt, die Verbindung des Phonographen mit der Uhr. Die „phonographische“ Uhr hat weder Zifferblatt noch Zeiger, weder Sprungdeckel noch sonstiges Zeitwerk, das uns für Wand-, Stand- oder Taschenuhren unerlässlich erscheint. Dagegen hat sie am Gehäuse des Werkes einen Druckknopf, und sobald man auf diesen Knopf drückt, raselt es ein wenig und alsbald ruft ein Phonograph mit laut vernehmbarer Stimme die Tageszeit aus, z. B. 6 Uhr 10 Minuten, oder 8 Uhr 50 Minuten.

**Die Vereinigten Staaten.** Die 46 nordamerikanischen Republiken, die sich als Vereinigte Staaten von Nordamerika zusammengeschlossen haben, sind durchaus in der Größe nicht gleich, ebenso wie die deutschen „Länder“ (so heißen ja jetzt die früheren Bundesstaaten), von denen ja auch Preußen das kleine Neuz um ein vielfaches an Flächeninhalt übertrifft. Der größte der Vereinigten Staaten ist Texas, der kleinste dagegen, gerade den 200. Teil von Texas einnehmend, ist Rhode-Island, der kleinste der Oststaaten.

**Der „Volan-Paß“.** Ein kurzes Neutelegramm, bei dem sich die wenigsten etwas denken, schwindet durch die Welt: Eine russische Armee nähert sich dem Volan-Paß; es sind Maßnahmen zur Abwehr getroffen. Die Nachricht ist wichtiger als manche andere. Denn der Volan-Paß öffnet den Weg nach Indien. Wer sich im Besitze dieser Paßstraße befindet, kann den Landweg nach Indien beliebig sperren und öffnen. Der Paß selbst liegt in einer Meereshöhe von 276 Meter in Britisch-Belutschistan und trägt neben der Eisenbahn vom Industal nach Kabul vor allem die wichtige Straße von Indien nach dem südlichen Afghanistan. Wer den Volan-Paß besitzt, besitzt zugleich den wichtigen afghanischen Ort Kandahar mit seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln und seiner strategischen Bedeutung.

**Das größte Fernrohr.** Zu den Meisterwerken deutscher Optik gehört der große Refraktor der Potsdamer Sternwarte. In seiner Eigenschaft als Doppelteleskop, das für photographische Aufnahmen ein Objekt von 81 cm und für die Beobachtung mit dem Auge ein solches von 50 cm Durchmesser aufweist, ist er wohl das mächtigste Fernrohr der Welt. Der Yerkes-Refraktor bei Chicago mit einem Objektdurchmesser von 105 cm und der Refraktor der bekannten Lick-Sternwarte in Kalifornien, dessen Objektdurchmesser 91 cm beträgt, sind wohl größer, aber sie bedürfen, da sie nur zur Betrachtung des Sternenhimmels mit dem Auge eingerichtet sind, zur Aufnahme photographischer Aufnahmen der Einschaltung besonderer Hilfsinven, sodass die dadurch bedingte Schwächung der Lichtstärke der größere Durchmesser des Objekts nicht zur vollen Ausnutzung kommen kann.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Abschrift!

Geschäfts-Ordnung.

Erhebung von Abgaben für Begräbniskosten im Bezirke der Gemeinde Schierstein.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 15. April 1920 und in Gemäßheit des § 4 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juni 1893 wird nachstehende Geschäftsordnung betr. die Erhebung von Abgaben für Begräbniskosten im Bezirke der Gemeinde Schierstein erlassen:

Für Beerdigung der in hiesiger Gemeinde verstorbenen oder von außerhalb zur Beerdigung auf dem hiesigen Friedhofe eingebrachten Leichen, d. h. für die Anfertigung des Grabes, das Verbringen der Leiche aus dem Sterbhaufe in den Leichenwagen, für den Transport auf den Friedhof, einschließlich Stellung des Leichenwagens und der Beerdigung werden von den Angehörigen oder sonst Verpflichteten die folgenden Kosten erhoben:

|                                                                                  | 1. Alters-<br>stufe Per-<br>sonen über<br>14 Jahre | 2. Alters-<br>stufe Per-<br>sonen über<br>a. 1/4-14<br>Jahren | b. 1/4 Jahre |
|----------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|--------------|
|                                                                                  | M.                                                 | M.                                                            | M.           |
| 1. Einkommen b. 5000<br>M. oder Vermögen<br>bis 10000 M.                         | 30,—                                               | 20,—                                                          | 5,—          |
| 2. Einkommen über<br>5000 bis 10000 M.<br>od. Vermögen über<br>10000 b. 20000 M. | 50,—                                               | 35,—                                                          | 10,—         |
| 3. Einkommen über<br>10000 M. od. Ver-<br>mögen b. 20000 M.                      | 70,—                                               | 50,—                                                          | 15,—         |

Die Sätze für die 2. Altersstufe unter a schließen die  
Gestellung von nur 2 Leichenträgern ein, werden mehr als  
2 Leichenträger gewünscht, so werden die der Gemeinde  
hierdurch entstehenden Kosten erhoben.

2. Für das Verbringen oder Abholen einer Leiche  
nach oder von außerhalb der Gemarkungsgrenze liegenden  
Ort ohne Rücksicht auf das Alter des Verstorbenen:

A. Bis zu einer Entfernung von 6 km:

Bei Bespannung des Leichenwagens

a. mit 2 Pferden: 5,— M. (Fünf M. — Pfg.)

b. mit 1 Pferde: 3,50 M. (Drei M. 50 Pfg.)

pro km

B. für jedes weitere km:

Bei Bespannung des Leichenwagens

a. mit 2 Pferden: 2,— M. (Zwei M. — Pfg.)

b. mit 1 Pferde: 1,50 M. (Eine M. 50 Pfg.)

Angefangene km werden für voll gerechnet.

Die vorerwähnten Beträge werden monatlich von der  
Gemeindekasse gegen Quittung nach einer von dem Bürger-  
meister aufzustellenden Liste erhoben, in besonderen Fällen  
d. B. bei fremden Familien, welche abzureisen wünschen,  
erfolgt die Erhebung sogleich.

Diese Geschäftsordnung tritt nach erfolgter Genehmigung  
durch den Kreisausschuß des Landkreises Wiesbaden mit  
dem gleichen Tage der ortsüblichen Bekanntmachung in  
Kraft, mit dem gleichen Tage verliert das Reglement betr.  
die Erhebung von Abgaben für Begräbniskosten in dem  
Bezirk der Gemeinde Schierstein vom 8. April 1895 seine  
Gültigkeit.

(D. S.) Schierstein, 18. April 1920.

Der Gemeindevorstand:

gez.: Kessels, Eitner, Pesse.

Vorstehende Geschäftsordnung wird von und nach  
Sitzungsbeschluss vom 12. Mai ds. Js. genehmigt.

Wiesbaden, den 4. Juni 1920.

(D. S.)

3. B.:  
gez. Schlitt.

Genehmigung:

II. B. 46/2 v. 1920

Wird veröffentlicht.

Schierstein, den 14. Juni 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

### Betr. Einkommensteuer.

Die Steuerarten betr. die Erhebung der Einkommen-  
steuer können vom Mittwoch, den 16. ds. Mts. ab bis  
einschl. 20. Juni auf Zimmer 6 des Rathauses in  
Empfang genommen werden.

Die größeren Fabrikbetriebe werden ersucht, Listen  
ihrer Arbeitnehmer unter Angabe der Geburtsdaten und  
Geburtsorte, sowie der Wohnungen, und bei Verheirateten  
Vor- und Nachnamen der Ehefrau bis längstens zum  
20. Juni einzureichen.

### Verkauf von holländischer Margarine.

Donnerstag, den 17. ds. Mts.

findet auf dem Rathause die Ausgabe von holländischer  
Margarine statt und zwar:

| für den Brolkartenbezirk Nr. 3 von | 8—9 Uhr |
|------------------------------------|---------|
| " " " " 1 "                        | 9—10 "  |
| " " " " 4 "                        | 10—11 " |
| " " " " 2 "                        | 11—12 " |

Es werden auf jedes Familienmitglied 105 Gramm  
holl. Margarine ausgegeben. 105 Gramm kosten 2,25 M.  
Brolkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen.  
Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haus-  
haltungsvorstandes versehen sein. Die Beträge sind  
unbedingt abgezahlt mitzubringen.

### Bekanntmachung.

In der Zeit vom Tage dieser Veröffentlichung bis  
zum 20. Juni d. Js. findet auf Grund der Reichsgetreide-  
ordnung für die Wirtschaftsführung des Jahres 1920/21  
eine Feststellung statt, welche landwirtschaftliche Betriebs-  
inhaber die Selbstversorgung aus ihren selbstgebauten  
Früchten in Anspruch nehmen wollen und zwar

a. für das zur Ernährung erforderliche Brotmehl,

b. für Herstellung von Suppensen usw.

Das Recht zur Selbstversorgung mit Brotgetreide

wird auf solche Betriebe beschränkt, deren Vorräte zur  
Ernährung der Selbstversorger bis zum 15. August 1921  
ausreichen. Teilselbstversorger für einen oder mehrere  
Monate gibt es nicht, jedoch kann der Betriebsinhaber  
sowie Personen aus seiner Familie zur Selbstversorgung  
anmelden, als Getreide vorhanden ist, um eine bestimmte  
Personenzahl bis zum 15. August 1921 zu versorgen.  
Keinesfalls werden die zur Selbstversorgung angemeldete  
Personen im Laufe des Jahres unter die Versorgungs-  
berechtigten wieder aufgenommen.

Bei Versäumnis des Antrags besteht ein Anspruch  
auf nachträgliche Zulassung nicht. Die Formblätter sind  
in allen Teilen genau wie vorgeschrieben, klar mit sämt-  
lichen Vor- und Zunamen (Beizahlen) auszufüllen. Gleich-  
zeitig ist die auf der Rückseite des Formblattes gedruckte  
Beihilfe genau auszufüllen. Auf Grund dieser Fest-  
stellung werden die für das Vieh notwendigen Futter-  
getreidemengen freigegeben werden.

Unwahre Angaben werden nach § 80 der Reichs-  
getreideordnung vom 18. Juni 1919 mit Gefängnis bis  
zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50000 M. oder  
mit einer dieser Strafen bestraft. Auch wird das Recht  
der Selbstversorgung wieder entzogen.

Wiesbaden, den 1. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

3. Nr. 11. Kornst. 2205.

3. B.: Schlitt.

Anträge werden bis einschl. Montag, den 21. ds.

Mts. auf Zimmer 7 des Rathauses entgegengenommen.

Schierstein, den 15. Juni 1920

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Reiner deutscher  
**Hafer-Rakao**  
für Kinder, Kranke und  
Unterernährte  
1/2-Pfund-Doze 10,50  
**Cond. Vollmilch**  
gez.  
Doze 10,50  
**Otto Fudert.**

Einen zweizykl.  
**Fahrradmagnet**  
zu kaufen gesucht.  
Kaiser, Fahrradhandlung,  
Schierstein  
Saubere  
**Medizinflaschen**  
kauft  
**Jacob Weiß, Zeilstr. 8.**

**Schöne Buchenwellen**  
50 Stück 125 M.  
**Buchenstichtholz**  
Klafter 600 M.  
frei Haus. Näheres bei  
**Jacob Jödel, Kirchgasse 161.**

**Weinfässer**  
von 100—600 Liter, neu u. gebr.  
Rüferei Bruns, Mainz, Mühl.  
Bleihe 34, Telefon 2148.

**Frauen**  
für Gartenarbeiten für ganze  
und halbe Tage gesucht.  
Gärtnerin Bölig  
Biedricherstraße.

**Bretter** 3—4,50  
1 Partie Bretter m lang  
zu verkaufen. J. Sieben,  
Rathausstr. 6.

**Ich kaufe Landh.** f. 1—2  
geg. bar. Fam.  
geeign. m. Gart. evtl. auch e.  
Gut. Off. u. Ph St. an  
Hof-Hausenstein & Vogler,  
Frankfurt a. M.



**A. Leischert, Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10.**

**Öffentliches Aufgebot!**  
Der von uns am 2. Februar  
1910 über das 2. den des  
Herrn Jakob Moog in  
Schierstein ausgestellte Ver-  
sicherungsschein Nr. 102470  
ist in Verlust geraten. Wenn  
innerhalb zweier Monate der  
Inhaber der Police sich nicht  
bei uns meldet, gilt die Po-  
lice für kraftlos.  
Manesburg, 10. Juni 1920.  
Wilhelma in Magdeburg.  
Allgemeine Versicherungs-  
Aktien-Gesellschaft.

**Empfehle**  
**la engl. Kernseife**  
ca. 1/2 Pfund M. 6,75  
**Toilettenseife**  
150 g Stücke M. 6,—  
**Seifenpulver**  
Paten M. 1,75  
**Büchtücher**  
gute Qualität, von M. 5,75 an  
**Kaufhaus P. Knab.**

**la gebr. Kaffee**  
per Pfund M. 25,75, 28,—  
30,—, 32,—  
1/4 Pfund M. 6,50, 7,—  
7,50, 8,—

**Feinstes Salatöl**  
per Schoppen M. 17,—  
empfiehlt Adolf Diez Wwe.  
Lindenstr. 8.

Eine  
**Kucke**  
zu leihen oder kaufen gesucht.  
Eduard Wehnert,  
Wiesbadenerstr. 8.

Ein fast neuer **Damenhut**  
zu verkaufen.  
Nab. Wilhelmstr. 37.

**Braves Mädchen**  
für Hausarbeit zu einem  
Kinde gesucht.  
Nab. in der Geschäftsstelle.

**Schul-  
ranzen**  
Größte Auswahl  
Billigste Preise.  
Offertiert als  
Spezialität.

**A. Leischert, Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10.**

## Druckfachen

für den Geschäftsverkehr.

Rechnungs-Formulare  
Geschäftskarten  
Briefbogen mit Firma  
Preislisten  
Briefumschläge  
Mitteilungen  
Geschäfts-Postkarten  
Arbeitszettel usw.

liefert in sauberer Ausführung die

**Buchdruckerei der**

**Schiersteiner Zeitung.**

Wir haben  
**Schlacken**  
gratis abzugeben.  
**Rheinhütte G. m. b. H. Viebrich**

**Schmuck** in jeder Form und Menge  
auch **Zähne** **kaufen**  
**Brillanten** für hohen  
Preis!  
**Bok** Wiesbaden  
Kirchgasse 70. **Uhren**

Der Landkreis Wiesbaden hat in Niederrhein  
Taunus ein

**Kindererholungsheim**  
für schulpflichtige Kinder gegründet. Dort sollen erhol-  
bedürftige Kinder des Landkreises Wiesbaden in  
wöchentlicher Kur Erholung finden.

Die erste Kur soll am 1. Juli d. J. beginnen.  
erforderliche Schularbeit wird von der Behörde er-  
werden. Im Monat Juli werden nur Knaben aufgenommen  
und zwar können sich Schulkinder von 6—14 Jahren  
allen Gemeinden außer Viebrich melden.

Der Preis für eine vierwöchentliche Kur beträgt 150  
Die Anmeldung der Kinder kann entweder bei  
Vorstehenden des Kreiswohlfahrtsausschusses oder bei  
Kreiswohlfahrtsamt direkt erfolgen.

Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen.  
Wiesbaden, den 12. Juni 1920.

Das Kreiswohlfahrtsamt des Landkreises Wiesbaden  
**Schlitt**  
stellb. Vorstand.

**Atelier für mod. Photographie**  
F. Strittter, Bleibich, Katharinenstr.  
Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppen-  
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem  
**Reisepassbilder in sofortiger Ausführung**  
Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends  
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr